

## „Wir brauchen eine Debatte darüber, wie Mobiltelefone zu 99% recyclingfähig werden“

### Interview mit Ulrich Brand zu seiner Arbeit in der Enquete-Kommission, zu Lebensqualität, Buen Vivir und zur ökologischen Umverteilungsdebatte

Das Interview führten Alban Knecht und Anita Roitner  
am 16. Januar 2013<sup>©</sup>

Zugang über: [www.albanknecht.de/publikationen.html](http://www.albanknecht.de/publikationen.html)  
Permanente Adresse der akt. Version:  
[www.albanknecht.de/publikationen/Interview-Ulrich-Brand-Lebensqualitaet.pdf](http://www.albanknecht.de/publikationen/Interview-Ulrich-Brand-Lebensqualitaet.pdf)

*Der Deutsche Bundestag hat Ende 2010 die Einsetzung einer Enquete-Kommission mit dem Titel „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ beschlossen. Die überfraktionelle Arbeitsgruppe aus Abgeordneten und externen Sachverständigen – wie dem Wiener Politologen Ulrich Brand – will die programmatische Diskussion über das Wohlstandsverständnis und seine Perspektiven voranbringen. Ulrich Brand berichtet über seine Arbeit und wieso ökologische Ziele nur mit mehr Demokratie zu erreichen sind.*

**Sie wurden als wissenschaftliches Mitglied in die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ gewählt. Wie funktioniert die Enquete-Kommission?**

Enquete-Kommissionen sind Instrumente des deutschen Bundestages, um neue, wichtige Probleme zu bearbeiten, die einer Klärung bedürfen. Sie sammeln zum einen Expertise und versuchen zum anderen gesellschaftspolitische Konsense vorzubereiten. Unsere Enquete besteht aus 17 ParlamentarierInnen, die gemäß dem Parteienproporz aufgeteilt werden, und 17 Sachverständigen. Die Enquete hat im Jänner 2011 begonnen und

wurde im April 2013 fertig, weil im Herbst Wahlen sind und sie nicht in den Wahlkampf gezogen werden soll.

**Welche Positionen wurden in der Enquete vertreten?**

Die FDP vertritt die Meinung, dass es gar kein Ressourcenproblem gibt. Sie geht davon aus, dass Wachstum durch mehr Wissen, bessere Technologie und Innovation generiert würde und damit auch die aktuellen Probleme in den Griff zu bekommen sind. In der CDU gibt es neben solchen Positionen auch christlich-sozialethische Positionen, die nicht nur auf

Markt und Wachstum blicken. Relativ stark ist die linke, keynesianische Position, die davon ausgeht, dass wir Wachstum brauchen, das aber auch aus qualitativem Wachstum bestehen kann. Diese Position nimmt zunehmend ökologische Aspekte auf. Die Grünen geben sich unentschieden: Sie sagen, bestimmte Bereiche müssen wachsen, andere nicht. Wachstums-skeptische Position etwa oder feministische Positionen, die ja schon lange einen viel breiteren Wohlstandsbegriff vertreten, spielten so gut wie keine Rolle. Das gilt auch für Positionen, welche die kapitalistische Wachstumsdynamik in den Blick nehmen und einen Zusammenhang von wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Herrschaft, etwa über die hierarchischen Klassen- oder Geschlechterverhältnisse, herstellen.

### **Müssen wir also auf Wachstum verzichten oder brauchen wir ein anderes Verständnis von Wachstum?**

Im Grunde genommen ist das Spannende an der Enquete, dass sie zeigt, dass der herrschende Blick auf die Wachstumsproblematik und auf Wachstum immer noch dieser ist: Wachstum bedeutet, dass jedes Jahr mehr Güter und Dienstleistungen für den Markt produziert werden. Und das wird grundsätzlich positiv gesehen. Dieser Wachstumsbegriff ist gesellschaftlich tief verankert und er wird natürlich von mächtigen Interessen auf Unternehmensseite, bei den Beschäftigten und Gewerkschaften sowie von der Politik getragen. Und er trifft ja auch was: Mehr Gewinne, Einkommen und Steuereinnahmen schaffen Handlungsspielraum und entschärfen Konflikte. Deshalb brauchen wir keinen neuen Wachstumsbegriff, sondern ein neues Verständnis von Wohlstand.

### **Und wie könnte dieses neue Verständnis aussehen?**

Wenn wir einen neuen Wohlstandsbegriff wollen, dann müssen wir auch jene Bereiche in den Blick nehmen, die nicht über den Markt organisiert sind, also Hausarbeit, Freiwilligenarbeit oder Gemeingüter. Also die Re-

produktion der Gesellschaft muss zum Ausgangspunkt der Betrachtungen werden. Die Hauptschwäche der Enquete-Kommission ist, dass die allermeisten der Sachverständigen Ökonomen sind, bei denen diese Bereiche nicht oder kaum zählen. Interessanterweise haben das einige christlich-soziale Mitglieder der Kommission noch am ehesten gesehen.

Doch die meisten stellen wohl mal fest, dass es so was gibt, sagen dann aber: „Unsere

*déformation professionnelle* ist, dass wir uns nur Marktprozesse ansehen.“ Das zeigte sich, als einige Ökonomen Inputs zum Begriff Wohlstand lieferten. Sie redeten natürlich nur über den marktförmigen Wohlstand; sie verwechselten die Mannigfaltigkeit gesellschaftlichen Wohlstands mit dem, was sie durch ihre ökonomische Brille sehen. Wir wissen doch, dass Unfälle und Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung Wachstumstreiber sind. Wenn die Leute Burn-Outs haben und in Reha gehen, dann erhöht das auch das BIP, das Bruttoinlandsprodukt. All das wird zwar konstatiert, aber nie systematisch in den Blick genommen. Für mich ist das die interessanteste Erfahrung der Enquete-Kommission.

### **Was verstehen Sie genau unter dem Begriff Wachstumstreiber und welche Debatten sind mit diesem Begriff verbunden?**

Besondere Bedeutung hat der Akkumulationszwang, also der Mechanismus, dass Kapital investiert wird, dass Kapital wachsen muss und dass sich Kapital verzinsen muss. Außerdem gibt es in der kapitalistischen Gesellschaft eine Kommodifizierungsdynamik, also eine Dynamik, dass immer mehr Bereiche in der Gesellschaft, aber auch die Hausarbeit, die Landwirtschaft und andere Produktionen für den Eigenbedarf und die Natur in Wert gesetzt werden. Bisher nicht vermarktbare Sachen sollen für den Markt in Wert gesetzt werden, zum Beispiel durch Emissionshandel. Ressourcen, die bisher *commons*, also Gemeingüter waren, sollen jetzt zu Waren wer-

## **Zur Arbeit in der Enquete-Kommission**

den. Diese kapitalistischen Dynamiken werden weitgehend tabuisiert.

### **Und wie können wir zum neuen Verständnis von Wohlstand kommen?**

Ich denke, wenn wir Wohlstand wollen, der ökologisch nachhaltig und solidarisch sein soll, dann kommen wir um die Frage der Demokratie, um die Frage, wie Gesellschaft gestaltet wird, nicht herum. Wir dürfen hier auch nicht den Ökologen auf den Leim gehen, die nach dem Motto argumentieren: „Hauptsache wir bekämpfen den Klimawandel“. Da steht dann nämlich in Klammern – ich bin etwas gemein: „Ist der Weg autoritär oder demokratisch? Egal! Hauptsache wir bekämpfen den Klimawandel und die Erosion der biologischen Vielfalt“. Es geht aber nicht nur um die Übernutzung der Erde und die Grenzen des Wachstums, sondern auch um gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse und Fragen gesellschaftlicher Gestaltung. Meine starke Annahme ist, dass wir Änderungen erreichen können, wenn Menschen über eine Demokratisierung ihrer Lebensbereiche, Politik, Öffentlichkeit und Arbeit, ein neues Verhältnis mit der Gesellschaft eingehen, also wenn sie sich wieder für diese Gesellschaft verantwortlich fühlen.

### **Könnten die Begriffe von Lebensqualität und Buen Vivir bei der Formulierung eines neuen Wohlstandsbegriffs eine Bedeutung haben?**

Der Begriff der *Buen Vivir* ist ein radikal herrschaftskritischer Begriff. Er kommt aus Bewegungen, die sagen – und zwar nicht romantisch verklärt – wir indigene und nicht-indigene Kämpfende, wir wollen andere Verhältnisse, Verhältnisse, die nachhaltig sind. Die Yasuní-Initiative gegen die Förderung von Erdöl in einer ökologisch sehr sensiblen Region in Ecuador fordert zum Beispiel: „Hört auf mit der Naturzerstörung am Amazonas“. Sie schützt den Amazonas, aber sie verändert auch die Gesellschaft emanzipatorisch, hin zu einer inklusiven Gesellschaft, zu Partizipation, Gerechtigkeit und Gleichheit. *Buen Vivir* kommt aus dieser dichten Debatte ökologi-

scher, sozialer und ökonomischer Kämpfe. In Europa haben bisher keinen umfassenden Begriff, der wie der Begriff *Buen Vivir* in den Anden-Ländern gehandhabt wird. Dieses gemeinsame Tableau, dieser gemeinsame Begriff, in dem sich sozusagen viele Kämpfe treffen und verständigen können, das ist das eigentlich Interessante an *Buen Vivir* und *Vivir Bien* in Bolivien und Ecuador.

### **Könnte der Lebensqualitätsbegriff auch diese Bedeutung von Kämpfen in sich aufnehmen?**

Ich bin mir noch nicht so sicher, ob das gelingt. In der Enquete war er der schwächste in der Trilogie Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, obwohl er Potential haben könnte. Der Begriff der Lebensqualität wird zurzeit als analytische Kategorie verwendet, die stark individuell aufgeladen ist, aber vielleicht ändert sich das noch.

### **War das anders, als die SPD und die Gewerkschaften diesen Begriff vor 40 Jahren nach Deutschland gebracht haben?**

Es gibt tatsächlich einen Rückschritt. Auf der Tagung in Oberhausen Anfang der 1970er Jahre zu zentralen Zukunftsfragen hatten die Gewerkschaften noch einen Emanzipationsanspruch, der dann zu „Wettbewerbsfähigkeit“ umgearbeitet wurde. Ich glaube, dass das zentrale Feld der Auseinandersetzung gar nicht die Wachstumsfrage ist, sondern die Frage der Demokratisierung der Gesellschaft. Heute bleiben die Gewerkschaften weiterhin beim guten Leben im Sinne von Umverteilung und Gerechtigkeit – alles wichtig genug! – und machen schnell zu bei den ökologischen Fragen, weil sie sie als „ökologische Frage“ und nicht als „sozial-ökologische Frage“ thematisieren. Das ist der Kern der aktuellen Auseinandersetzung.

### **Welcher Begriff könnte denn als Äquivalent dienen um an, wie Sie es ausdrücken, Kämpfen anzusetzen?**

Vielleicht ist es ein Sammelsurium aus solidarischer Ökonomie, solidarischer Mobilität,

## **Lebensqualität & Buen Vivir**

der Commons-Debatte, vielleicht ist es Post-Wachstum, wobei dieser Begriff natürlich ein bisschen sperrig ist. Vor zwei, drei Jahren hätte ich gesagt, vielleicht könnte die Klimarechtigkeit wichtig werden. Heute spielt der Begriff der Energiedemokratie eine Rolle, der bestimmte Kämpfe anleitet. Man muss immer nach den konkreten Auseinandersetzungen schauen. Der Begriff der sozial-ökologischen Transformation ist umfassend, spielt aber keine große Rolle in einer Bewegung. Vielleicht wissen wir es in fünf Jahren. Heute wissen wir es nicht.

### **Entsteht die neuen Wohlstands- und Lebensqualitäts-Debatte ihrer Meinung nach aus sozialen Bewegungen?**

Ja, das liegt auf der Hand. Natürlich können auch progressive PolitikerInnen oder UnternehmerInnen, auch die Wissenschaft den einen oder anderen Impuls setzen. Doch meines Erachtens muss es zumindest eine starke kulturelle Bewegung sein, so wie sie die Krise des Fordismus Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre ausgelöst hat, die ja nicht nur eine makro-ökonomische Krise war. Es war eine Krise eines Produktions-, Konsum- und Disziplinierungsmodells der Massennarbeit, des Fließbands, die zuerst von der Jugendbewegung, der Frauenbewegung und später von der Ökologie-Bewegung in Frage gestellt worden ist. Solche Bewegungen müssen natürlich an gesellschaftliche Diskurse anknüpfen. Deshalb ist auch die Enquete-Kommission des Bundestags wichtig. Wir sind heute in einer ähnlichen, vielleicht dramatischeren Situation – und die Rezepte sind so hausbacken: „Wachstum, Wachstum, Wachstum“. Auch auf der Linken, die dann halt noch die Verteilungsfrage dazu nimmt. Gesellschaftliche Innovation findet ganz stark in öffentlicher Verständigung und in sozialen Bewegungen statt, davon bin ich überzeugt.

### **Sehen Sie derzeit solche Bewegungen?**

Es gibt Teilkämpfe, es gibt interessante Entwicklungen wie *urban gardening*, solidarische Ökonomie und solidarische Mobilität. Und ich sehe die Kämpfe gegen Großinfrastrukturen: Stuttgart 21, die CCS-Widerstände, Wider-

stände gegen Braun-Kohle und Kohle-Kraftwerke. Die sind zunächst parzelliert und das ist auch okay so. Man muss jetzt da kein großes Programm überstülpen. In den Städten gibt es Auseinandersetzungen um einen anderen Wohnungsbau und um die um Abnahme von Lärm. Ob die sich politisieren, das ist ja immer wieder eine spannende Frage. Bleibt es ein völlig legitimer, lokaler Anspruch: „Wir wollen weniger Autos in unserem Viertel“? Oder politisiert es sich: „Wir wollen ein Auto-befreites Wien“? Wichtig ist nicht das eine Programm, sondern ob sich die unterschiedlichen Kämpfe, Widerstände, alternative Ansätze miteinander in Beziehung setzen. „Wir sind Teil einer entstehenden anderen Gesellschaft.“ Und dann spielen natürlich etablierte Akteure wie Gewerkschaften, Verbände, Unternehmen, die Medien, letztlich auch die staatliche Politik eine wichtige Rolle.

### **Gibt es nicht einen Widerspruch zwischen ökologischen und sozialen Interessen? Schon jetzt können sich viele Menschen nicht leisten ihre Wohnungen im Winter zu heizen. Mit aus ökologischer Perspektive wünschenswerten höheren Energiepreisen würde sich das Problem zuspitzen.**

Heute heißt es im sozialdemokratischen Lager, dass die Energiepreise niedrig sein müssen, weil es sonst die Leute mit niedrigem Einkommen trifft. Das stimmt. Doch die Frage stellt sich: Wie können wir dahin kommen, dass diese Menschen fordern: Haussanierung, bessere Städte, weniger Autos, weniger Lärm. Nun sind es ja die armen Leute, die an den befahrenden Straßen wohnen und billige und schlechte Lebensmittel zu sich nehmen müssen. Wenn man diese Verknüpfung herstellt, geht es nicht mehr um die Verteidigung der Armen gegen die Ansprüche der Luxus-Ökos. Es geht dann nicht mehr um niedrige Energiepreise und darum Energie-Armut durch Zuschüsse zu bearbeiten, sondern darum, die Energie-Armut über einen Umbau des Energie-Systems zu lösen. Dafür gibt es auch viele Vorschläge bei der Preisgestaltung: Etwa einen freien oder günstigen Sockel und

dann wird es teuer, wenn mehr Energie verbraucht wird.

**Handelt es sich bei der Ökologie-Debatte nicht um eine Mittelschichtsdebatte? Biologische Nahrungsmittel, energieeffizienter Wohnraum usw. – all das setzt ein gewisses Einkommen voraus.**

Ja, und das ist gleichzeitig das Problem und die Chance. Augenblicklich stellt die Kritik am Wachstum ein grün-liberales Geschäft der Mittelklassen und der aufgeklärten Oberschichten dar. Ich fände es wichtig, die Gewerkschaften einzubeziehen, die ja auch ein Interesse an einer guten und solidarischen Gesellschaft haben; und die Beschäftigten sowieso. Umweltfragen müssen zu sozial-ökologischen Fragestellungen umgebaut werden. In der Öko-Debatte geht es bisher zudem nur um den Menschen als Konsumenten. Du musst als Konsument nachhaltig sein, aber dass du im Arbeitsprozess entfremdet bist, dass du politisch kaum etwas zu entscheiden hast, das interessiert nicht.

**Wird die ökologische Krise zu einer neuen Umverteilungsdebatte führen?**

Eine gute Gesellschaft ist eine gerechte Gesellschaft. Dafür muss auch die Verteilung von Erwerbseinkommen und Vermögen thematisiert werden. Aber auch die Teilung jener Arbeiten, die nicht als Erwerbsarbeit organisiert sind. Es geht zudem darum, wie wir einen Staat gut ausstatten können, um die Gesellschaft gut zu gestalten. Ich bin nicht per se für mehr Staat, der macht ja auch schreckliche Dinge, ist oft genug repressiv, sichert zuerst die Interessen der Mächtigen und Vermögenden. Aber ein an Gemeinwohl orientierter, demokratisch organisierter Staat muss natürlich materiell ausgestattet sein. Und der Staat spielt eine Rolle bei wichtigen Fragen: Wie wird das Energiesystem umgebaut? Woher kommen die Investitionen für ein post-fossiles Energiesystem? Dazu müssen Finanzierungsmaßnahmen ergriffen wer-

den, die Verteilungswirkung von oben nach unten entfalten. Ein Umbau des Verkehrssystems, ein auto-befreites Wien braucht einen kostenlosen Nahverkehr. Da stellt sich natürlich die Frage: „Wer finanziert das?“ Und so landen wir bei Verteilungsfragen.

**Werden kostenfreie Leistungen dabei eine große Rolle spielen?**

In der Post-Wachstumsdebatte geht es auch darum, wie wir unabhängiger von Erwerbseinkommen werden. Wenn der Staat grundlegende Bedürfnisse deckt und etwa kostenlose Mobilität und ein gutes Gesundheitssystem zur Verfügung stellt, dann werden die Menschen unabhängiger vom Erwerbseinkommen: Sie können

dann auch mit 25 Stunden Arbeit zurechtkommen. Diese Art von Wohlstand besteht nicht mehr nur im „Ich lebe, um zu arbeiten“, sondern im „Ich arbeite, um zu leben und ich arbeite mehr als nur Lohnarbeit“. Diese Debatte kann beginnen, wenn Menschen aus diesem Druck herauskommen. Klar, heute ist er politisch gewollt und wir müssen uns ja nichts vormachen, die Leute wollen auch konsumieren. Wenn sie von 25 Stunden Arbeit und weniger Erwerbseinkommen gut zu Recht kommen könnten, weil sie nicht für den öffentlichen Verkehr oder fürs Auto zahlen müssten, wäre das nicht eine attraktive Lebensperspektive, die uns in Fragen der Nachhaltigkeit ein großes Stück voranbringen würde? Sofort stellt sich die Frage: Und wer finanziert das? Auch da sind wir wieder bei Fragen der politischen Prioritäten – „Was soll finanziert werden?“ –, der Finanzbasis eines Staates, der zentral ist in der Reproduktion der Gesellschaft, der bestimmte Infrastrukturen für ein gutes und auskömmliches Leben bereitstellt.

**Welche Rolle wird der Konsum spielen?**

Er ist natürlich wichtig: Nachhaltiger Konsum, kollektiver Konsum, Nicht-Konsum sind Punkte, die in der Enquete-Kommission diskutiert wurden. Die Spannung zwischen Eigenver-

## **Verbindung der ökologischen und der sozialen Frage & ökologische Umverteilungsdebatte**

antwortung und politischer Gestaltung. Allerdings blendet die Konsumdebatte bisher aus, welche Produkte wie produziert werden. Was im Handy drinnen ist, ist doch keine Frage von Friede, Freude, Wahlfreiheit! Wir brauchen eine Debatte darüber wie Mobiltelefone zu 99% recycling-fähig werden. Dafür muss Innovationstempo herausgenommen werden, da ja unter Bedingungen von Konkurrenz und Profitorientierung so hoch ist. So müssen wir über Konsum reden. Stattdessen wird das Bild erzeugt, dass der Konsument, die Konsumentin Wahlfreiheit hat und die Aufgabe der Politik darin besteht, sie besser zu informieren. In der Enquete haben Liberale die Idee verfolgt, dass man im Supermarkt mit dem Handy durch einen Bar-Code eine Öko-Abfrage stellen kann. Das reicht denen, weil dann die Information gesichert ist.

### **Muss der Staat die Produktion also stärker regulieren?**

Im öffentlichen Beschaffungswesen tritt der selbst als Konsument auf, also nicht nur Regulator und Verbraucherschützer, sondern als Beschaffer und Organisationsinstanz von nachhaltigem Konsum. In Deutschland kauft die öffentliche Hand pro Jahr für ca. 250 Milliarden Euro Produkte; schätzungsweise 10 bis 20 Prozent sind nachhaltig produziert. Viel Luft nach oben also. Und: Wie sieht denn der öffentliche Verkehr in unseren Städten aus? Da werden doch kollektive Entscheidungen getroffen. Bisher ist die Konsumdebatte eine, welche die Frage von kollektivem Konsum ausspart.

### **Brauchen wir einen Umbau der Wirtschaft? Wie könnte dieser aussehen?**

Ich sage ja nicht, alle sollen raus aus der Lohnarbeit, ich sage auch nicht, dass die Arbeiter in der Autoindustrie mal so eben ihren Job verlieren sollen. Aber wir sollten über Konversion – also über den Umbau der Industrie – reden, und zwar mit Beschäftigten, und nicht auf ihrem Rücken. Wie bekommen wir das hin, wie bekommen wir die deutsche

## **Konsum & Umbau der Industriegesellschaft**

Automobilindustrie mit ihrem enormen Arbeitskörper umgebaut? Dann reden wir nicht mehr über Wachstum, dann reden wir über einen Wahnsinn: Über 1,5 Millionen Menschen plus Familien leben von diesem Exportmotor Automobilindustrie. Wie kriegen wir das demokratisch sorgfältig umgebaut – Im Sinne der Abrüstung der Automobilität?

Das nenne ich Interessenumarbeitung; und damit müssten sich die Gewerkschaften beschäftigen. Der Verhandlungsspielraum der Gewerkschaften beschränkt sich ja nicht nur auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Man kann ja auch – in meiner Sprache – andere Naturverhältnisse schaffen, also zum Beispiel eine andere Mobilität. Da müssten wir jetzt schon mal die Geldtöpfe öffnen, damit wir wegkommen von der Nadel Automobilität. Wenn Du das denen sagen würdest, dann verknopfen die Dich wahrscheinlich. Aber notwendig ist es eben.

### **Wie halten Sie es in ihrem eigenen Leben? Wie gut gelingt es Ihnen Lebensqualität und Nachhaltigkeit zu leben?**

Für mich ist sehr wichtig an meinen je konkreten Lebensorten und auch in meinen Praxen Nachhaltigkeit ernst zu nehmen. Das beinhaltet auch institutionelle Praxen, ich bin ja erst mal Hochschullehrer. Deshalb ist mein Anspruch in der Hochschulbildung, dass die zahlreichen Studierenden systematisch ein kritisches Verständnis von Nachhaltigkeit bekommen. Und das ist für mich persönlich ein wissenschaftspolitisches Anliegen. Ich möchte, dass die Studierenden, die die Hochschule verlassen, etwas über Nachhaltigkeit wissen, über die grundlegende Debatte und ein kritisches Verständnis von Nachhaltigkeit haben. Zweitens: In meinem institutionellen Rahmen – Universität Wien, als reisender Wissenschaftler zu Tagungen, bei der Ausrichtung von Tagungen in Wien etc. – versuche ich möglichst viel nachhaltig zu machen. Ich war nun über zwei Jahre Mitglied einer Kommis-

sion des deutschen Bundestages in Berlin und fuhr so oft wie möglich mit dem Zug zu den Treffen, die mindestens ein Mal pro Monat stattfanden. Das wirkte übrigens sehr entschleunigend. Ein spannendes Unterfangen könnte sein, dass wir die Mensa ökologisieren, also regionales und ökologisches Essen einführen. Bisher gibt es weitgehend industrialisiertes Essen. Was mein eigenes Leben betrifft: Ich habe kein Handy und habe bisher keines gehabt. Ich versuche im Alltag schon, das was möglich ist, auch zu tun. Letzten Sommer war ich in England; ich versuche solche Strecken mit dem Zug zu fahren. Und ich versuche nicht den neuesten Moden im Konsum auf den Leim zu gehen. Allerdings ist das nicht immer so einfach: Als Wissenschaftler, der zu Lateinamerika arbeitet, als Internationalist bin ich immer wieder unterwegs. Als Hochschullehrer ermuntere ich meine Studierenden ins Ausland zu gehen, auch in Südländer, und das heißt in der Regel: ein Flug. Das finde ich wichtig, auch als Sozialisationsprozess. Ich selbst bin in der Forschungsgruppe Süd-Amerika, was bedeutet, dass ich mindestens einmal im Jahr in Latein-Amerika bin. Ich vertrete nicht die Position, dass man widerspruchsfrei leben muss, aber ich denke, dass wir Nachhaltigkeit als Norm haben, und die versuche ich einzuhalten.

## Eigenes Leben

Was mir nicht gelingt, und das wäre ja entscheidend für Lebensqualität, ist in meiner wissenschaftlichen Tätigkeit zu entschleunigen, zu mäßigen. Ich bin wie viele andere in der Position eines Professors oft ein Nadelöhr für viele Prozesse, permanent am Rumchecken und tendenziell dauernd überfordert. Eine gute Gesellschaft in Österreich heute würde deutlich mehr gut qualifizierte ProfessorInnen oder andere materiell abgesicherte WissenschaftlerInnen haben, die wären nicht ganz so gut bezahlt, was okay wäre. Aber in einer guten Gesellschaft bräuchten wir ja auch weniger Geld. Die Arbeitsaufgaben wären auf mehr Schultern verteilt; die Bauchpinselei, als Prof wichtig zu sein, würde zurückgehen. Und: Das wäre auch gut für die wissenschaftliche Produktivität. Man käme nämlich zu etwas, was in dieser Status-besessenen und immer stärker beschleunigenden Gesellschaft und Wissenschaft schwierig ist, aber neben der Ausbildung von jungen Menschen und Diskussionen das Schönste an der Tätigkeit: gründlich nachzudenken und die Ergebnisse aufzuschreiben.

Copyright: Alban Knecht und Anita Roitner. Abdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der InterviewerInnen.